

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration



Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
80524 München

Per E-Mail

An die nachgeordneten Behörden und Dienststellen
der Allgemeinen Inneren Verwaltung
- ohne die den Präsidien der Bayer. Polizei
nachgeordneten Dienststellen -

Bezirke

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen A1-1011-1-59	Bearbeiter Herr Dr. Baier	München 30.12.2024
	Telefon / - Fax 089 2192-4213 / -14213	Zimmer KL1-0233	E-Mail Sachgebiet-A1@stmi.bayern.de

Hinweise zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG), des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungs- gesetzes (VwZVG) sowie des Bayerischen Digitalgesetzes (BayDiG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 1. Januar 2025 tritt das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 599) in Kraft (vgl. dazu auch die amtliche Begründung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung vom 16. Oktober 2024, LT-Drs. 19/3616, der vom Bayerischen Landtag inhaltlich unverändert am 11. Dezember 2024 beschlossen worden ist). Das Gesetz enthält verschiedene Änderungen des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG), des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (VwZVG) sowie des Bayerischen Digitalgesetzes (BayDiG). Darüber hinaus trat zum 17. Dezember 2024 das Gesetz zur Erleichterung des Ehrenamtes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 570) in Kraft, mit dem u. a. das BayVwVfG geändert worden ist (vgl. hierzu die amtliche Begründung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung, LT-Drs. 19/3022).

Über die wesentlichen Neuerungen soll hiermit informiert werden.

- Elektronische Kommunikation

Die bereits im bisherigen Art. 31 Abs. 5 BayDiG enthaltenen Möglichkeiten des elektronischen Schriftformersatzes durch Übermittlung aus besonderen elektronischen Postfächern an die Behörden (sog. Hin-Kanal) und durch Verwendung eines qualifizierten elektronischen Behördensiegels wurden – entsprechend der durch das 5. VwVfÄndG vom 4. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344) im Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes (VwVfG) neu eingefügten Regelung – nunmehr auch in das BayVwVfG überführt und in Art. 3a Abs. 3 BayVwVfG neu gefasst.

Die weitergehenden Möglichkeiten und Erleichterungen des elektronischen Schriftformersatzes im Anwendungsbereich des BayDiG bleiben dort erhalten (vgl. Art. 31 Abs. 5 BayDiG n. F.).

Soweit Art. 3a Abs. 5 BayVwVfG bestimmt, dass dem Erklärenden eine Kopie der von ihm abgegebenen Erklärung zur Verfügung zu stellen ist, kann die Verpflichtung auch dadurch erfüllt werden, dass er diese nur auf Verlangen erhält (wie z. B. durch Ankreuzen eines entsprechenden Buttons in dem elektronischen Formular). Die Bestimmung schließt es nicht aus, dass der Erklärende auf eine Kopie auch verzichten kann (vgl. dazu die amtliche Begründung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung, LT-Drs. 19/3616, S. 16).

- Wertgrenze für besondere Aufwendungen der Amtshilfe

Die Wertgrenze in Art. 8 Abs. 1 Satz 2 BayVwVfG für zu erstattende besondere Aufwendungen der Amtshilfe wurde in Angleichung an die Regelungen im VwVfG und in den Verwaltungsverfahrensgesetzen der meisten anderen Bundesländer von bisher 25 € auf 35 € angehoben.

- Neuregelung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

Die bisher in Art. 25 Abs. 3 BayVwVfG enthaltenen Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden in einen neuen, eigenständigen Art. 25a

BayVwVfG überführt und um entsprechende Vorgaben hinsichtlich der Übermittlung des Ergebnisses und des Inhalts der Öffentlichkeitsbeteiligung ergänzt.

- Übernahme der Regelungen des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG)

Abweichend von der bisherigen Soll-Regelung ist gemäß Art. 27a BayVwVfG der Inhalt einer öffentlichen oder ortsüblichen Bekanntmachung nunmehr grundsätzlich zwingend auch auf einer Internetseite der zuständigen Behörde oder ihres Verwaltungsträgers zugänglich zu machen. Da es sich um eine Wirksamkeitsvoraussetzung handelt, ist die Internetveröffentlichung nachweislich zu dokumentieren.

Art. 27b BayVwVfG ordnet grundsätzlich an, dass die durch Rechtsvorschrift angeordnete Auslegung von Dokumenten durch die Bereitstellung der Dokumente auf einer Internetseite der für die Auslegung zuständigen Behörde oder ihres Verwaltungsträgers und durch Zugänglichmachung auf mindestens eine andere Weise bewirkt wird. Die Zugänglichmachung „auf einer Internetseite“ kann z. B. auch in der Weise erfolgen, dass die Unterlagen auf einem gesetzlich vorgeschriebenen Portal (vgl. z. B. § 20 UVPG) bereitgestellt werden und dass hierauf über einen Link auf der Behördenseite Zugriff genommen werden kann. Zulässig ist auch, dass die Gemeinden (vgl. Art. 73 Abs. 3 BayVwVfG) z. B. auf die Seite der Anhörungsbehörde verlinken, wenn dort die Unterlagen bereitgestellt werden. Überdies können z. B. auch integrierte Portallösungen durch die Behörde genutzt werden, wenn die Behörde als „Herrin des Verfahrens“ den maßgeblichen Zugriff zur Durchführung und Steuerung des Verfahrens behält.

Art. 27c BayVwVfG eröffnet für die Behörden durch generalisierende Regelung weitere Möglichkeiten, eine durch Rechtsvorschrift angeordnete Erörterung, wie insbesondere einen Erörterungstermin, eine mündliche Verhandlung oder eine Antragskonferenz, durch digitale Formate (Onlinekonsultation bzw. Video- oder Telefonkonferenz) zu ersetzen.

- Anpassung der Bekanntgabe- und Zustellungsfiktionen

Die Bekanntgabe- und Zustellungsfiktionen im BayVwVfG, VwZVG und Bay-DiG wurden an die aufgrund des Postrechtsmodernisierungsgesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236; Berichtigung vom 23. Oktober 2024, BGBl. 2024 I Nr. 331) verlängerten Laufzeitvorgaben für die Post, die ab 1. Januar 2025 gelten, angepasst. Um den Gleichlauf hinsichtlich des Zeitpunkts des Eintritts der Fiktion beizubehalten, waren auch bei elektronischer Übermittlung entsprechende Anpassungen notwendig.

- Berücksichtigung des Ehrenamts bei Verwaltungsverfahren

Im Siebten Teil des BayVwVfG wurde unter einem neuen „Abschnitt Ia Ehrenamtliche Tätigkeit und Verwaltungsverfahren“ ein Art. 87 aufgenommen. Danach haben die Behörden bei ihrer Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen, dass der ehrenamtliche Einsatz für das Gemeinwohl zu fördern ist (Art. 87 Satz 1 BayVwVfG). Dies gilt nach Art. 87 Satz 2 BayVwVfG insbesondere für eine einfache, zweckmäßige und zügige Durchführung von Verwaltungsverfahren (Art. 10 BayVwVfG) sowie bei der Ausübung von Ermessen (Art. 40 BayVwVfG).

- Änderungen im Verwaltungsvollstreckungsrecht

In Art. 24 Abs. 1 Nr. 2 VwZVG hat der Gesetzgeber klargestellt, dass nach der Zustellung des Leistungsbescheides gemäß Art. 23 Abs. 1 Nr. 1 VwZVG keine weitere Zustellung der für vollstreckbar erklärten Ausfertigung des Ausstandsverzeichnisses erforderlich ist, wenn es sich bei dem Vollstreckungsschuldner um den Leistungspflichtigen im Sinne des Art. 23 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 VwZVG handelt.

Um die bewährte Praxis der formlosen Beauftragung der Gerichtsvollzieher im Rahmen der Verwaltungsvollstreckung auch nach Ablauf der Übergangsfrist am 1. Oktober 2025 (vgl. § 6 Abs. 2 Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung) beizubehalten, ist nunmehr in Art. 26 Abs. 7 Satz 1 VwZVG ausdrücklich bestimmt, dass die Formulare der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung nicht verwendet werden müssen.

Wir bitten die Regierungen um Information ihrer nachgeordneten Behörden, soweit diese nicht von der obigen Gruppenanschrift erfasst sind (siehe E-Mail-Verteiler).

Die Regierungen werden ferner gebeten, die kreisfreien Städte sowie die ihrer Aufsicht unterliegenden Zweckverbände und Kommunalunternehmen zu informieren.

Die Landratsämter werden gebeten, die kreisangehörigen Gemeinden, die Verwaltungsgemeinschaften sowie die ihrer Aufsicht unterliegenden Zweckverbände und Kommunalunternehmen zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Thum
Ltd. Ministerialrat